

Bock, 19.4.16



Zeigten sich erfreut über die Resultate der Schulhausabstimmung: Stadtpräsident Peter Neukomm (l.) und Bildungsreferent Urs Hunziker. Bild: rap.

Die Abstimmungen in der Stadt Schaffhausen verliefen ohne Überraschungen

Mehr Platz für Kinder

ABSTIMMUNGEN – Das städtische Stimmvolk ging am Wochenende zwar nicht so fleissig an die Urne wie auch schon, entschied sich aber deutlich.

Ramona Pfund

Schaffhausen. Selten versammeln sich bei der Verkündung von Abstimmungs- und Wahlergebnissen in der Stadt Schaffhausen so viele Personen, wie dies am Sonntagnachmittag der Fall war. AL-, SP- und Juso-Vertreterinnen und -Vertreter sowie die Gegenseite warteten gespannt darauf, wie sich der Abstimmungskampf ausgewirkt hatte. Doch bevor die Resultate verkündet wurden, wollte Stadtpräsident

Peter Neukomm den Kandidatinnen für die Wahl in den Stadtschulrat die Anspannung nehmen. Angela Penkov (AL) konnte ihren Vorsprung auf Kirsten Brähler (SVP) vom ersten Wahlgang (3593/2555 Stimmen) weiter ausbauen und wurde mit 4466 Stimmen vor ihrer Kontrahentin mit 2917 Stimmen gewählt.

Endlich kommt der Schulhausausbau

Erleichterung war den Stadträten ins Gesicht geschrieben, als sie die Zahlen zu den Abstimmungen präsentieren konnten. Alle Vorlagen hatten im Vorfeld für viel Diskussionsstoff gesorgt, doch besonders lag der Stadtregierung das Schulhaus Breite am Herzen. Erst letzte Woche gab sie im Radio bekannt, dass es wichtig sei, auf dem Stimmzettel in erster Instanz

beide Varianten anzunehmen, damit die Erweiterung nicht durch parteipolitische Präferenzen gefährdet werde. Obwohl sich der Stadtrat für die Variante Shed ausgesprochen hatte, erwartete er einen knappen Ausgang. Der Grossstadtrat hatte sich nämlich lediglich für den Ausbau des Schulhauses, aber nicht für eine Variante entschieden. Das Zittern war allerdings umsonst, denn das Projekt Shed erlangte in der ersten Frage (7167 Stimmen) sowie auch bei der Stichfrage (6006 Stimmen) eine klare Mehrheit. Die Variante Sol, welche die Fachkommission Bau als Gegenvorschlag zu Shed ausarbeitete und die von bürgerlicher Seite vor allem aufgrund der geringeren Kosten befürwortet wurde, scheiterte mit 6149 Stimmen in

Fortsetzung auf Seite 2

der ersten und mit 3801 in der Stichfrage. «Wir hatten damit gerechnet, dass das Resultat knapper ausfallen würde, und sind nun froh, dass es doch relativ klar ist», so Stadtpräsident Peter Neukomm. Damit sei auch ein wichtiger Schritt in Richtung Quartierentwicklung getan, da nun alle Breite-Kinder auch in ihrem Umkreis zur Schule gehen können. Ebenfalls erfreut war Schulreferent Urs Hunziker: «Wir werden nun rasch die ersten Schritte einleiten, so dass der Neubau auf das Schuljahr 2018/2019 hin bezugsbereit ist.»

Keine spezifische Wohnbauförderung

Drei Initiativen setzten sich für mehr bezahlbaren Wohnraum in Schaffhausen ein. Ziel war bei allen die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus, doch von Erfolg war keine gekrönt. Das beste Resultat erzielte die AL-Initiative «Landverkäufe vors Volk», die erreichen wollte, dass ein Referendum seitens der Bevölkerung bereits bei einem Landverkauf in der Höhe von einer Million (statt bisher zwei Millionen) Franken möglich gewesen wäre. Sie erreichte 5138 Ja- gegen 5827 Nein-Stimmen und wurde somit mit rund 53 Prozent abgelehnt.

Die Juso-Initiative «Für bezahlbaren Wohnbau» wollte die Stadt dazu verpflichten, innert 5 Jahren 200 Wohnungen zu bauen und zur Kostenmiete anzubieten. Sie erhielt 4851 Ja- und 6395 Nein-Stimmen. Die SP stieg mit «Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus» in den Abstimmungskampf. Bis 2040 hätte damit der Anteil an gemeinnützigem Wohnraum auf Stadtgebiet verdoppelt werden müssen, rund 1280 neue Wohnungen wären die Folge gewesen. Doch auch hier überwog wohl die Angst davor, dass die Stadt selbst in den Wohnungsmarkt hätte steigen müssen. Sie wurde mit 4641 Ja- gegen 6433 Nein-Stimmen verworfen.

Eine vierte Initiative – «Zweckbindung der Baurechtszinsen» (AL) – musste eine Woche vor der Abstimmung aufgrund eines Berechnungsfehlers seitens der Stadt abgesagt werden (siehe «Schaffhauser Bock» vom 12. April 2016). Die AL hatte Stimmrechtsbeschwerde eingelegt und verlangt, dass die zweite Initiative, «Landverkäufe vors Volk», ebenfalls verschoben wird, da die thematische Verknüpfung sehr eng und die Entscheidungsgrundlage sehr ähnlich sei. Der Regierungsrat hatte diese Beschwerde allerdings abgelehnt.